



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Parteien zur Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien zur Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien am 10. Oktober 2010 und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

Berücksichtigte Parteien

Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien wurden Parteien bzw. Listen berücksichtigt, deren landesweite Kandidatur bis zum 10. August 2010 bekannt war:

- SPÖ
- ÖVP
- Grüne
- FPÖ
- BZÖ
- KPÖ

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at

1. Soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Arbeitslose unabhängig von ihrer Qualifikation vom AMS vorgeschlagene Arbeitsplätze annehmen müssen?

SPÖ	Nein	■ ■ ■
Die SPÖ Wien wird sich dafür einsetzen, dass arbeitslose WienerInnen durch das AMS und den WAFF die bestmögliche Betreuung und Unterstützung bekommen und so rasch wieder eine neue Beschäftigung bekommen.		

ÖVP	Ja	■ ■
--		

Grüne	Nein	■ ■ ■
Derzeit werden die Menschen bereits dazu gezwungen und das führt zu Verlust der Qualifikation und zu Armutsgefährdung. Wir sind für Freiwilligkeit bei den Maßnahmen des AMS.		

FPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

BZÖ	Ja	■ ■
Bei Langzeitarbeitslosigkeit und Ablehnung von Arbeit durch den Arbeitslosen soll zu dieser Maßnahme gegriffen werden.		

KPÖ	Nein	■ ■ ■
Weil damit nur eine "Dequalifizierungsspirale nach Unten" in Gang gesetzt wird und weil dadurch die Macht der Unternehmen noch weiter gestärkt würde		

2. Soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass vermögensbezogene Steuern eingeführt werden?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Die Arbeitnehmer haben die internationale Wirtschaftskrise nicht verursacht und dürfen daher kein zweites Mal zur Kassa gebeten werden. Zur Budgetsanierung sollen daher Reiche, Banken und Finanzmärkte herangezogen werden.		

ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Die reichsten 10% der österreichischen Bevölkerung besitzen 2/3 des österreichischen Gesamtvermögens und zahlen dafür auch noch kaum Steuern. Im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit muss dies geändert werden - die höhere Besteuerung von Vermögen ist hierzu ein geeignetes Mittel.		

FPÖ	Nein	■ ■
Unter dem Deckmantel der Krisenbekämpfung wird bei der Debatte um die Vermögenssteuer Klassenkampf durch die Hintertür betrieben. Es wäre sinnvoller die Stiftungsprivilegien, und die Steuerschlupflöcher für staatsnahe Unternehmen wie beispielsweise die AUA und die Gruppenbesteuerung aufheben.		

BZÖ	Nein	■ ■ ■
Die Steuerbelastung ist in Wien bereits jetzt viel zu hoch. Das BZÖ ist generell gegen neue Steuern und Steuererhöhungen. Stattdessen soll in der Verwaltung gespart werden.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
Weil Österreich ein Steuerparadies für Superreiche und Großkonzerne ist. Würde die Vermögensbesteuerung auf OECD-Niveau angehoben, würden jährlich rund 5 Milliarden Euro in die Staatskasse fließen.		

3. Soll jedes Kind in Wien Recht auf einen Kindergartenplatz erhalten?

SPÖ	Ja	■ ■
Der Versorgungsgrad ist bereits sehr hoch. Durch den stetigen Ausbau wird bei den 3-6-Jährigen bald ein Versorgungsgrad von über 100 % erreicht, bei den 0-3 Jährigen nähert sich Wien bis Jahresende dem „Barcelona-Ziel“, einem Versorgungsgrad von über 30 %.		

ÖVP	Ja	■ ■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Der Kindergarten ist die erste Bildungseinrichtung, die allen Kindern zugänglich sein muss. Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wäre also eine notwendige Verbesserung unseres Bildungssystems.		

FPÖ	Ja	■ ■ ■
Die FPÖ-Wien ist hier für einen Rechtsanspruch!		

BZÖ	Ja	■
Der Kindergarten ist enorm wichtig für die soziale Kompetenz der Kinder und eine optimale Vorbereitung auf die Volksschule.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
Weil "Rechte", die nur am Papier existieren, zu wenig sind.		

4. Sollen Kinder mit geringen Deutschkenntnissen in einem Vorschuljahr in eigenen Schulklassen unterrichtet werden?

SPÖ	Nein	■
Schon jetzt garantieren der Gratiskindergarten, das verpflichtende Kindergartenjahr, muttersprachliche LehrerInnen und begleitenden Kurse für QuereinsteigerInnen, dass jedes Kind schnell Deutsch lernt.		

ÖVP	Ja	■ ■ ■
--		

Grüne	Nein	■ ■ ■
Die Sprachkompetenz unserer Kinder muss, unabhängig von ihrer Muttersprache, bestmöglich gefördert werden. Dabei ist es auch notwendig die Kinder gemeinsam zu unterrichten, damit sie gemeinsam Sprachen erlernen können. Dazu fordern wir mehr BegleitlehrerInnen an Wiens Schulen.		

FPÖ	Ja	■ ■ ■
Ja, und zwar solange, bis sie ausreichende Deutschkenntnisse haben.		

BZÖ	Ja	■ ■ ■
Es ist entscheidend, dass die Kinder vor Schuleintritt Deutsch können. Der Lernfortschritt der Klasse darf nicht verzögert werden.		

KPÖ	Nein	■ ■
Weil Segregation für niemanden Vorteile bietet.		

5. Soll es in Wien eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche geben, z.B. durch die Errichtung weiterer Lehrwerkstätten?

SPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Dies ist bereits Realität: Sowohl die Jugendarbeitslosigkeit, als auch die Zahl der Lehrstellensuchenden ist zurückgegangen. Jugendliche, die eine Ausbildung machen wollen, bekommen einen Lehrplatz, eine Qualifizierung oder ein Beratungsangebot. Und das garantiert!		

ÖVP	Nein	■ ■ ■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■ ■
Wir treten für einen Rechtsanspruch auf eine Ausbildung ein. Nur so kann garantiert werden, dass immer ausreichend Ausbildungsplätze zu Verfügung stehen und die Qualität kontrolliert wird.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Nein, weil die sg. Lehrwerkstätten nichts anderes als Übergangslösungen sind. Die politische Stoßrichtung muß sein, daß es ausreichend Ausbildungs- bzw. Lehrplätze für alle Jugendlichen in Wien gibt.		

BZÖ	Ja	■
Jeder Jugendliche muss die Chance auf eine optimale Ausbildung erhalten.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Weil eine fundierte Ausbildung von enormer Bedeutung für jede und jeden ist.		

6. Sollen Betriebe nur im Falle der Einrichtung von zusätzlichen Lehrstellen Förderungen durch das Land erhalten?

SPÖ	Nein	■ ■
Die SPÖ Wien setzt sich für die Unterstützung der Lehrstellenförderung des Bundes ein – durch Ausbildung von LehrlingsausbildnerInnen und im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung.		

ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		

Grüne	Nein	■
Für den Erhalt von Förderungen sollte primär die Qualität der Lehrlingsausbildung entscheidend sein und nicht die Anzahl der Lehrstellen in einem Betrieb. Grundsätzlich ist eine Modernisierung der Lehrlingsausbildung längst überfällig.		

FPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

BZÖ	Nein	■ ■
Das wäre der falsche Weg. Es muss Unternehmen attraktiv gemacht werden, Lehrlinge einzustellen. Insbesondere beim sehr rigiden Kündigungsschutz gibt es Handlungsbedarf.		

KPÖ	Ja	■ ■
Wobei zu fragen ist, was unter "zusätzliche Lehrstellen" zu verstehen ist. Wenn z.B. GM in Aspern von 50 auf 55 Lehrstellen "aufstockt", dann wäre eine zusätzliche Förderung eher absurd.		

7. Soll die Stadt Wien weiterhin Migranten und Migrantinnen mit Sprachgutscheinen im Wert von 300 Euro finanziell bei der Erfüllung der Integrationsvereinbarung (Erwerb der deutschen Sprache) unterstützen?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Die gemeinsame Sprache ist der Schlüssel für gelungene Integration. Und diese wird nur durch leistbare und leicht zugängliche Deutschkurse ermöglicht. Deswegen sollen alle, die Informationsmodule der Niederlassungsbegleitung „Start Wien“ besuchen, finanzielle Unterstützung bekommen.		

ÖVP	Ja	■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Wir lehnen die Integrationsvereinbarung auf Bundesebene zwar ab (z.B. fragwürdiger Staatsbürgerschaftstest), da MigrantInnen aber verpflichtet sind sie einzuhalten, begrüßen wir die Unterstützung seitens der Stadt Wien. Am sinnvollsten wäre es aber kostenlose Sprachkurse anzubieten.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Das Erlernen der deutschen Sprache sieht die Wiener FPÖ als Bringschuld.		

BZÖ	Ja	■
Migrantinnen und Migranten sollte es von sich aus ein Anliegen sein, sich zu integrieren und die deutsche Sprache zu lernen. Eine Unterstützung bietet aber sicher einen zusätzlichen Anreiz.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

8. Sollen in Wien Betriebe mit mehr als 25 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter von Frauen und Männern offenlegen müssen?

SPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Wir unterstützen die Forderung der Frauenministerin nach Herstellung von Gehältertransparenz. Zusätzlich fordern wir die Einführung von Quoten für Aufsichtsräte sowie die Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an Frauenförderung in den Betrieben.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

Grüne	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Ohne die generelle Offenlegung der Gehälter kann die ungleiche Bezahlung zwischen Männern und Frauen nicht bekämpft werden, daher sollten alle und nicht nur die Durchschnittsgehälter offengelegt werden.		

FPÖ	Nein	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
--		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Lohn und Einkommen ist Verhandlungssache zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer unter Berücksichtigung der kollektivvertraglichen Mindeststandards.		

KPÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Weil dies ein Schritt hin zu "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wäre. Wir fordern aber zugleich wesentlich radikalere Maßnahmen, weil der Status Quo unakzeptabel ist.		

9. Soll Wien Parteienförderung daran knüpfen, dass eine Landtagsfraktion einen Frauenanteil von mindestens 40% erfüllt?

SPÖ	Nein	■ ■
Wir gehen mit gutem Beispiel voran: 2010 stehen erstmals mehr weibliche als männliche KandidatInnen für die Wiener SPÖ zur Wahl. Allerdings widerspricht eine direkte oder indirekte Kopplung an die Parteienförderung den Prinzipien der repräsentativen Demokratie.		
ÖVP	Nein	■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■
Ohne Quoten wird die gläserne Decke von Frauen nicht durchstoßen werden. Was in der Privatwirtschaft gefordert wird, muss die Politik vorleben.		
FPÖ	Nein	■
Quotenlösungen haben sich schon bislang als nicht zielführend erwiesen. Qualifikation kann durch Quoten auch nicht erzwungen werden.		
BZÖ	Nein	■
Das BZÖ ist generell gegen Quotenregelungen.		
KPÖ	Ja	■ ■ ■
Ja, weil „Männer-Cliquen“ offenbar unheimlich zäh und machtvoll sind.		

10. Soll Wien mehr Anlaufstellen für psychisch und physisch misshandelte Frauen einrichten?

SPÖ	Nein	■ ■ ■
Hilfe, Beratung und Schutz für psychisch und physisch misshandelte Frauen sind in Wien seit Jahren ein Schwerpunktthema. Mit vier Frauenhäusern und dem 24-Stunden-Frauennotruf finden Opfer familiärer Gewalt in Wien ein hervorragend ausgebautes und europaweit vorbildhaftes Gewaltschutznetz.		

ÖVP	Ja	■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Die Mittel die die Stadt Wien im Moment zur Verfügung stellt reichen nicht aus, um den sich stellenden Herausforderungen gerecht zu werden. Bestehende Einrichtungen müssen finanziell besser ausgestattet und neue Anlaufstellen errichtet werden.		

FPÖ	Nein	■ ■
Es sind genügend Plätze in Wien vorhanden.		

BZÖ	Nein	■
Misshandelten Menschen müssen bestmöglich unterstützt werden.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

11. Soll Wien die Möglichkeit zur Abgabe kostenloser Verhütungsmittel (Kondome) in Apotheken, Spitälern und Schulen schaffen?

SPÖ	Ja	■ ■
Wir setzen uns für intensive altersadäquate Sexualaufklärung und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper ein. Um ungewollte Schwangerschaften vorzubeugen muss darüber hinaus über Empfängnisverhütung und der Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten informiert werden.		

ÖVP	Nein	■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Verhütungsmittel sind viel zu teuer. Wir fordern kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln auch wenn die Eltern nichts davon wissen dürfen. Österreich liegt bei Teenagerschwangerschaften europaweit an der Spitze. Immer mehr Frauen werden ungewollt schwanger, weil ihnen das Geld fehlt.		

FPÖ	Nein	■
Sexualität ist Privatsache und daher liegt Verhütung in der Eigenverantwortung.		

BZÖ	Nein	■
Jeder soll sich seine Verhütung selbst bezahlen.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

12. Soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren können?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Die SPÖ Wien ist für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften. Familie ist, wo Liebe ist. Das Adoptionsrecht muss auch für homosexuelle Paare gelten.		

ÖVP	Nein	■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Homo- und Heterosexuelle müssen vollkommen gleichberechtigt sein.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Die Hoheit der Familie, die Einzigartigkeit der Partnerschaft von Mann und Frau soll gewahrt bleiben. Zum Wohle des Kindes ist es anzustreben, Mutter und Vater zu haben.		

BZÖ	Nein	■
--		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
Weil das Geschlecht und die sexuelle Orientierung nichts darüber aussagen, ob es sich um „sensible, gefühlvolle, verantwortungsvolle“ Eltern bzw. „Erwachsene“ handelt.		

13. Soll Wien flächendeckend WLAN im öffentlichen Raum anbieten (Parks, öffentliche Verkehrsmittel, etc.)?

SPÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
<p>Aufgrund der sehr hohen Verbreitung von privaten und kommerziellen WLAN Hotspots, von Handy mit Internetzugang, und der ständig sinkenden Preise für die Nutzung des mobilen Internet, gibt es keinen Grund, ein aus Steuergeld finanziertes WLAN-Netzwerk für die ganze Stadt einzurichten</p>		

ÖVP	Ja	<input type="checkbox"/>
<p>--</p>		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/>
<p>Das Internet ist längst zum fixen Bestandteil unseres Lebens geworden. Es ist Treffpunkt und Informationsquelle, für manche sogar der Arbeitsplatz. Ein flächendeckendes WLAN-Netz sollte für eine Großstadt im 21. Jhdt selbstverständlich sein.</p>		

FPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
<p>Kommunikation ist eine der Grundvoraussetzungen unseres heutigen Erwerbslebens. Gerade die Anbindung an online-Dienste hat sich zu einer Selbstverständlichkeit unseres Daseins entwickelt.</p>		

BZÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
<p>Das Internet ist aus dem Berufs- und Alltagsleben nicht mehr wegzudenken.</p>		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
<p>Weil Zugang zu Information aller Art eine wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit aktiver Mitbestimmung ist.</p>		

14. Sollen in Wien kleine Spitäler in Pflegeeinrichtungen umgewandelt werden?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Das Ziel der SPÖ Wien ist ein effizientes und effektives Gesundheitssystem. Wien hat in den vergangenen Jahren schrittweise kleine Krankenanstalten in große Krankenanstalten integriert, dieser Weg wird mit dem Bau des Krankenhauses Nord fortgesetzt.		

ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■
In Wien wurden in den letzten Jahren etliche kleine Spitäler geschlossen. Dennoch hat Wien immer noch zu viele teure Spitalsbetten und zu wenige Pflegebetten. Es muss daher zu einem Bettenabbau in den Spitälern und zum Ausbau der Anzahl hochwertiger Plätze in den Pflegeeinrichtungen kommen.		

FPÖ	Nein	■ ■
Nein, denn vorallem die kleinen Spitäler arbeiten effizient und haben daher eine große Akzeptanz in der Bevölkerung.		

BZÖ	Ja	■ ■
Die Strukturen müssen sich an den Bedürfnissen der Patienten orientieren.		

KPÖ	Nein	■ ■
Die Frage kann so nicht beantwortet werden. Unserer Meinung nach kann und muss ein mehr an qualifizierten Pflegeeinrichtungen und der Erhalt kleiner Spitäler für eine reiche Stadt wie Wien möglich sein.		

15. Soll Wien von Unternehmenseinflüssen unabhängige Zeitungen sowie eine größere Medienvielfalt im elektronischen Bereich stärker fördern?

SPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die SPÖ Wien setzt sich für einen ausgewogenen Mix von Förderung und Angeboten für die Medienbranche ein.		

ÖVP	Nein	<input type="checkbox"/>
--		

Grüne	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Freiheit der Medien ist einer der Grundpfeiler unserer Demokratie - dazu gehört es, dass Medien unabhängig von politischen aber auch wirtschaftlichen Interessen arbeiten können. Die Aufgabe der Politik hierbei ist es, Rahmenbedingungen herzustellen die eine solche Unabhängigkeit ermöglichen.		

FPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

BZÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Medienförderung produziert nicht unabhängige, sondern politische abhängige Medien.		

KPÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ja, aber Magazine wie "wien.at" und ähnliche sind sicherlich kein Vorbild bzgl. Vielfalt und demokratischer Ausgestaltung.		

16. Soll Wien gesellschaftskritische, zeitgenössische Kunst fördern, auch wenn sie öffentliches Ärgernis erregt?

SPÖ	Ja	■ ■
Kulturpolitik hat die Aufgabe, zeitgenössische, kritische Kunst zu fördern und zu ermöglichen. Solange keine Gesetze verletzt werden, gilt die Freiheit der Kunst, auch und gerade bei kontroversen Arbeiten.		

ÖVP	Ja	■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Die Freiheit der Kunst ist ein wesentliches Anliegen der Grünen. Kunst hat die Aufgabe unbequeme Kritikerin gesellschaftlicher Entwicklungen zu sein - eine Leistung die anerkannt werden muss, auch wenn das hin und wieder schmerzhaft sein kein.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Nein, denn gerade die Aktivitäten der letzten Jahre haben gezeigt, daß es sich dabei zum Großteil um sg. "Kunstveranstaltungen" unter Ausschluß der Öffentlichkeit gehandelt hat. Die Stadt Wien hat auch die moralische Verpflichtung gewisse Spielregeln einzuhalten. Wenn etwa "pädophiler Aktionismus" (Kunsthalle) öffentlich mit Steuergeldern gefördert wird, so hat die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener kein Verständnis dafür.		

BZÖ	Ja	■
Eine kritische Kunst ist wünschenswert. Allerdings sollten die Grenzen des guten Geschmacks und keine religiöden Gefühle verletzt werden.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

17. Sollen in Wien Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft nach 5-jährigem Aufenthalt das aktive und passive Wahlrecht auf Landesebene erhalten?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
<p>2002 hat die SPÖ Wiener bereits die Einführung eines „AusländerInnenwahlrechts“ beschlossen. Alle WienerInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft hätten demnach in Wien auf Bezirksebene wählen und kandidieren dürfen. Doch der Verfassungsgerichtshof hat diesen Beschluss wieder gekippt.</p>		
ÖVP	Nein	■ ■ ■
<p>--</p>		
Grüne	Ja	■ ■ ■
<p>Teilhabe an der politischen Willensbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Deshalb soll, wer in Wien lebt, auch mitbestimmen dürfen.</p>		
FPÖ	Nein	■ ■ ■
<p>Die Wiener SPÖ hat bereits einmal versucht das sg. "Ausländerwahlrecht" auf kommunaler Ebene in Wien einzuführen. Der Verfassungsgerichtshof hat diesen Beschluß jedoch wieder aufgehoben. Maßgebliche Bürgerrechte sollen am Ende des Integrationsprozesses und nicht am Anfang stehen.</p>		
BZÖ	Nein	■ ■ ■
<p>Die österreichische Staatsbürgerschaft muss Grundvoraussetzung für ein Wahlrecht sein. Ausgenommen davon sind selbstverständlich EU-Bürger. Dafür dürfen österreichische Staatsbürger auch in anderen EU-Ländern auf kommunaler Ebene wählen.</p>		
KPÖ	Ja	■ ■ ■
<p>Obwohl: Wir meinen das Menschenrechte unteilbar sind - und insofern ist die 5-jährige Wartefrist untragbar. Gleiche Rechte für alle Menschen!!!</p>		

18. Soll Wien das Lueger-Denkmal am Ring zu einem Mahnmal gegen Rassismus und Antisemitismus umgestalten?

SPÖ	Ja	■
Ein kritisch-reflexiver Umgang mit der Vergangenheit ist wichtig. Es geht aber nicht darum, die Spuren der Vergangenheit zu tilgen, sondern diese als Ausdruck eines spezifischen historischen Kontexts zu begreifen.		
ÖVP	Nein	■ ■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■
Lueger war einer der ersten Politiker die den Antisemitismus für sich entdeckt haben, wofür er auch in Hitlers „Mein Kampf“ gewürdigt wurde. Die Grünen treten klar gegen jede Form der Diskriminierung auf und fordern eine Gedenkpolitik, die eine kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte fördert.		
FPÖ	Nein	■ ■ ■
Für Denkmalstürmerei ist die FPÖ nicht zu haben!		
BZÖ	Nein	■
Wien hat andere Sorgen!		
KPÖ	Ja	■ ■ ■
Weil Antisemitismus, für welchen Lueger auch steht, ein sehr bedeutender Aspekt des NS-Faschismus war.		

19. Soll das Tragen sichtbarer religiöser Symbole (Kreuz, Kopftuch, Turban) für Landesbedienstete bei der Ausübung ihrer Tätigkeit erlaubt sein?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Im Sinne der Religionsfreiheit hat jede/r das Recht religiöse Symbole zu tragen solange sie den sicherheitstechnischen und hygienischen Anforderungen entsprechen.		

ÖVP	Ja	■
--		

Grüne	Ja	■
Landesbedienstete sollen in ihrem Recht der freien Religionsausübung nicht behindert werden. Dabei muss aber gewährleistet sein, dass das demokratische Grundprinzip der Trennung von Staat und Kirche nicht verletzt wird.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Nein! Im öffentlichen Bereich haben religiöse Symbole nichts verloren. Darüber hinaus ist die Republik Österreich durch Konkordate mit dem Heiligen Stuhl insofern gebunden, als sie im Rahmen des Schulunterrichtes unter gewissen Voraussetzungen Kreuze in den Klassenzimmern anzubringen hat. Der Staat hat somit eine völkerrechtliche Verpflichtung, die eine Ausnahme vom Gleichbehandlungsgrundsatz und von der negativen Glaubensfreiheit darstellt.		

BZÖ	Nein	■
--		

KPÖ	Nein	■ ■
Weil wir für die strikte Trennung von Staat und Religion/Kirche eintreten. Zugleich fordern wir: Raus mit dem Kreuz aus Schulen und Behörden!		

20. Sollen religiöse Symbole aus allen öffentlichen Gebäuden (Schulen, Ämter, Spitäler) entfernt werden?

SPÖ	Nein	■ ■
Die SPÖ Wien setzt sich für einen gleichberechtigten Umgang mit religiösen Symbolen aller anerkannten Religionsgemeinschaften ein. Eine Entfernung aller Symbole ist nicht vorrangiges Ziel der Sozialdemokratie.		

ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche verwirklicht sehen, weshalb wir dafür Eintreten religiöse Smybole aus öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Die Freiheit der Religionsausübung der MitarbeiterInnen darf davon allerdings nicht betroffen sein.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Christliche Symbole sind Teil unseres Kulturverständnisses und haben nicht ausschließlich religiösen Charakter.		

BZÖ	Nein	■ ■
Das Kreuz ist das Symbol unserer christlichen Leitkultur.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

21. Soll Wien die bereits bestehenden Ordnungsdienste der Stadt in einer Stadtwache, die auch die Polizei unterstützen kann, zusammenfassen?

SPÖ	Nein	■ ■ ■
Nein, die Bundesverfassung verbietet eine Stadtwache mit polizeilichen Befugnissen. Wir setzen auf spezialisierte Ordnungskräfte, weil diese die ihnen zugewiesenen Aufgaben kompetent und schnell erfüllen können.		

ÖVP	Ja	■ ■ ■
--		

Grüne	Nein	■ ■ ■
Wien braucht weder die Ordnungsdienste der SPÖ, noch eine Stadtwache à la ÖVP. Sinnvoller wäre es die finanziellen Mittel für Sozialarbeit zu erhöhen, denn die Konflikte um die sich die Ordnungsdienste kümmern sollen, können von gut ausgebildeten SozialarbeiterInnen besser gelöst werden.		

FPÖ	Ja	■ ■ ■
Bereits im Jahr 2004 hat die Wiener FPÖ gefordert in Wien eine Sicherheitswacht nach bayrischem Vorbild in Wien zu etablieren. Dieser zusätzliche Wachkörper hat sich bei unseren Nachbarn bewährt.		

BZÖ	Ja	■ ■
Eine effiziente Stadtwache für mehr Sicherheit der Wienerinnen und Wiener ist sinnvoll.		

KPÖ	Nein	■ ■ ■
--		

22. Sollen Wiener Schulen und Gemeindebauten mittels Videoaufzeichnung überwacht werden?

SPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>In Gemeindebauten sorgt Videoüberwachung bereits für einen deutlichen Rückgang des Vandalismus. Eine ähnliche Überwachung in Schulgebäuden ist nicht angedacht, allenfalls außerhalb zur Absicherung von Schutzwegen.</p>		

ÖVP	Ja	■ ■
<p>--</p>		

Grüne	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Videoüberwachung stellt immer einen unnötigen Eingriff in die Privatsphäre der BürgerInnen dar. Zudem belegen Beispiele aus der Praxis (siehe London), dass Überwachungsmaßnahmen Verbrechen nicht verhindern, sondern sie vielmehr geographisch verlagern.</p>		

FPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
<p>Gerade im Umfeld der Wiener Schulen hat sich das Drogenunwesen, im Gemeindebau der Vandalismus etabliert. Daher ist Videoüberwachung eine wichtige Präventionsmaßnahme.</p>		

BZÖ	Nein	■
<p>Das BZÖ ist für Sicherheit der Wienerinnen und Wiener, aber strikt gegen einen Überwachungsstaat.</p>		

KPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
<p>Weil, wie Statistiken zeigen, sich damit Vandalismus etc. nur in andere Zonen verlagert und Videoüberwachung „Symptombekämpfung“ darstellt und nicht die Ursachen der Probleme angeht.</p>		

23. Soll Wien Geschäfte und Gastronomieeinrichtungen, die Zigaretten und Alkohol an Jugendliche unter 16 Jahren abgeben, strenger bestrafen?

SPÖ	Nein	■
--		

ÖVP	Ja	■
--		

Grüne	Ja	■ ■
Da die Wiener Jugendschutzbestimmungen maßgeblich von Jugendlichen mitformuliert wurden, sollen sie, im Interesse der Jugendlichen auch exekutiert werden. Neben Alkohol und Zigaretten, gilt dies vor allem auch für das Kleine Glücksspiel, das in Wien für Jugendliche viel zu leicht zugänglich ist.		

FPÖ	Ja	■ ■ ■
Eine schärfere Kontrolle ist hier dringend notwendig.		

BZÖ	Ja	■
Wenn vorsätzlich regelmäßig Alkohol an unter 16 Jährige abgegeben wird, dann ja!		

KPÖ	Ja	■ ■
Noch wichtiger wäre aber der "Glücksspiel-Lobby" das Handwerk zu legen. Doch daran scheinen weder SPÖ noch ÖVP ein Interesse zu haben.		

24. Sollen öffentliche Gebäude in Wien verpflichtend mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen (Solaranlagen, Hackschnitzel, Windenergie, etc.) beheizt werden?

SPÖ	Ja	■
Die SPÖ Wien setzt sich dafür ein, dass der Anteil der erneuerbaren Energien mit denen öffentliche Gebäude beheizt werden, verdoppelt werden soll.		

ÖVP	Ja	■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Unbedingt, geht es doch um die Vorbildwirkung, die eine Stadtverwaltung gerade im Bereich Umweltschutz einnehmen muss. Wien hinkt hier aktuellen Entwicklungen hinterher.		

FPÖ	Ja	■
Wenn die technischen Gegebenheiten es zulassen, so sind erneuerbare Energien den fossilen Brennstoffen immer vorzuziehen.		

BZÖ	Nein	■
Auch die Stadt Wien soll bei ihren Gebäuden vermehrt auf erneuerbare Energie setzen. Eine gesetzliche Verpflichtung ist derzeit aber unrealistisch.		

KPÖ	Ja	■ ■ ■
--		

25. Sollen in Wien die Parkgebühren je nach CO2-Ausstoß des Fahrzeugs gestaffelt werden?

SPÖ	Nein	■ ■
Die Parkraumbewirtschaftung richtet sich nach dem Platzbedarf der Fahrzeuge in der Stadt, eine Bemessung nach dem CO2-Ausstoss ist daher nicht zweckmäßig.		

ÖVP	Nein	■
--		

Grüne	Ja	■ ■ ■
Wenn auch andere Maßnahmen wie eine Citymaut sinnvoller wären, könnte auch eine solche Parkgebühr dazu beitragen, dass die Klimabilanz der Stadt verbessert und die Schadstoffbelastung verringert werden kann.		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
Die Autofahrer sind schon heute durch Steuern sehr belastet. Die Parkgebühren sollen zudem nur die Benutzung des öffentlichen Raumes abgelten, daher lehnen wir eine weitere Besteuerung auf Grund des CO ² -Ausstoßes ab. Ein kostenpflichtiges Parkpickerl lehnen wir ab.		

BZÖ	Nein	■ ■
Abgesehen von einem nicht administrierbaren bürokratischen Aufwand, sollte man die Autofahrer nicht bestrafen, sondern einen Anreiz auf ein umweltfreundlicheres Fahrzeug schaffen.		

KPÖ	Nein	■ ■ ■
Wir setzen auf Anreize. Daher präferieren wir „autofreie Tage für alle“ und vor allem den Ausbau der Öffis inkl. Nulltarif - was im übrigen sonst keine Partei in Wien wirklich fordert.		

26. Sollen Wiener Gemeindewohnungen privatisiert werden?

SPÖ	Nein	■ ■ ■
<p>Die Wiener Gemeindebauten sind eine besonders wichtige Säule des sozialen Wohnbaus in Wien und bieten rund 500.000 Wienerinnen und Wienern ein hochwertiges, aber dennoch kostengünstiges Zuhause. Die verlangte Privatisierung der Wiener Gemeindebauten kommt daher garantiert nicht in Frage.</p>		

ÖVP	Nein	■
--		

Grüne	Nein	■ ■ ■
<p>Die Gemeindewohnungen sind eine Einrichtung die es Menschen mit niedrigem Einkommen ermöglicht in günstigen Wohnungen mit relativ guter Qualität zu leben. Eine Privatisierung würde die Preise unnötig in die Höhe treiben und zudem eine Verschlechterung der Qualität mit sich bringen.</p>		

FPÖ	Nein	■ ■ ■
<p>Der Wiener Sozialbau ist eine soziale Errungenschaft der Wienerinnen und Wiener und sollte durch Veräußerungen nicht "verwässert" werden.</p>		

BZÖ	Nein	■ ■
<p>Die Gemeindebaumieter sollen jedoch die Möglichkeit zur verstärkten Selbstverwaltung nach dem Vorbild der Eigentumswohnungs-Gemeinschaften haben.</p>		

KPÖ	Nein	■ ■ ■
<p>Weil damit leistbares Wohnungen für hunderttausende Menschen noch unerschwinglicher werden würde.</p>		